

Plenarprotokoll

94. Sitzung

Donnerstag, 16. Juli 2015

"Europa muss in der Krise zusammen stehen"

Dringlichkeitsantrag der

Fraktionen von SPD, B90/Grüne und der Abgeordneten des SSW

Drucksache [18/3216](#)

Solidität und Solidarität gehören zusammen

Antrag der CDU

Drucksache [18/3228](#)

Angelika Beer [PIRATEN]

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Zunächst einmal finde ich es gut, dass wir diese Debatte führen, wenngleich die Beiträge zeigen, dass wir eigentlich vielmehr Zeit bräuchten, um all diese Punkte tatsächlich zu diskutieren.

Ich will noch einmal auf unsere Tagung in Brüssel Bezug nehmen. Mir ist dabei aufgefallen, dass die **griechische Regierung** natürlich Sachen macht, die in keiner Weise zu tolerieren sind. Trotzdem war es in Brüssel eine Schwarzmalerei. Das war ein **Griechenland-Bashing** quer durch die Institutionen. Man musste die „New York Times“ oder die „International Herald Tribune“ lesen, um auch mal andere Töne zu hören.

Dann habe ich gedacht, warum diskutieren wir das? Ist das jetzt der Versuch vom Kollegen Stegner das linke Profil der SPD in Schleswig-Holstein zu schärfen? Die Rede war sehr sachlich. Insofern finde ich es gut, dass das nicht der Fall war.

Nun möchte ich zum Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW sprechen, aber nicht zum Antrag der Fraktion der CDU; denn dieser ist für uns nicht akzeptabel. Herr Stegner, bei dem, was Sie ausgeführt haben, sehe ich einen Widerspruch. Dadurch wird dann auch eine unterschiedliche Positionierung oder Einschätzung erklärt.

Das **Hilfsprogramm**, das Sie als Küstenkoalition begrüßen, das nun verhandelt werden soll und ein Volumen von ungefähr 85 Milliarden € umfasst, ist letztlich die **Fortsetzung** einer einseitigen **Austeritätspolitik** zulasten der griechischen Bevölkerung. Also passt es nicht zusammen, wenn Sie sich im gleichen Antrag gegen eine einseitige Austeritätspolitik aussprechen. Vielleicht können Sie das nachher noch einmal aufgreifen.

Deswegen sollte es uns zu denken geben – jedenfalls gibt es mir zu denken -, dass zum Beispiel der IWF, der im Rahmen der zukünftigen Finanzierung der Kredite ja auch gefragt werden wird, gesagt hat: **Griechenlandschulden** können nur mit Maßnahmen zur **Schuldenerleichterung** tragfähig sein, die viel weiter gehen, als Europa bisher vorgesehen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das haben die Koalitionsfraktionen begrüßt. Ich hätte gerne eine Definition oder eine Erklärung von Herrn Kubicki oder Herrn Stegner gehört, was denn gerade in der Großen Koalition im Hinblick auf die morgige Abstimmung passiert. Außerdem hätte ich gerne eine Stellungnahme zu dem wiederholt von Bundesfinanzminister Schäuble geäußerten Vorschlag eines „Grexit auf Zeit“.

Ich erwähne noch einmal den **IWF**. Dieser hatte drei Optionen in den Raum gestellt. Verlängerung der Zeit, in der das Land Unterstützung bekommt und diese zurückbezahlen muss. Eine Schuldenlaufzeit von 50 oder 75 Jahren. Das heißt im Klartext: einen Schuldenerlass.

Ich gehe noch weiter in der Diskussion; denn es geht gar nicht mehr um Griechenland. Es geht um **Südeuropa**, beziehungsweise, um die **gesamte EU**. Wir sollten einmal überlegen, ob wir so etwas wie einen **Marshallplan 2.0** brauchen, um die Krise langfristig zu bewältigen. Heute ist klar, dass nicht nur Griechenland ein Wiederaufbau- und Stabilisierungsprogramm benötigt.

Zur Ehrlichkeit in der Debatte – diese habe ich in Brüssel, aber auch in den vergangenen Monaten der politischen Auseinandersetzung vermisst – hätte aus meiner Sicht beigetragen, wenn die EU-Mitgliedstaaten zumindest klar eingestanden hätten, dass Griechenland ganz bewusst aus politischen Gründen in die Währungsunion aufgenommen worden ist. Wenn man das so ehrlich gesagt hätte, dann wäre auch klar gewesen, dass sich die **EU ihrer finanz- und währungspolitischen Verantwortung** für damalige Entscheidungen früher hätte stellen müssen. Dabei wäre auch Selbstkritik notwendig gewesen.

Ich möchte jetzt nichts zur **humanitären Flüchtlingskatastrophe** sagen, die katastrophal ist. Wie kommen wir aber als solidarische Wertegemeinschaft zur Ankündigung eines sozialen Europas? Dabei bin ich im Dissens zum Kollegen Stegner. Die Griechenlandpolitik der Kanzlerin, die Sie als Koalitionspartner mittragen, steht aus meiner Sicht nicht mehr im Zeichen von Adenauer und Kohl, sondern ganz im Zeichen der deutschen Finanzinteressen. Herr Kollege Stegner, das macht mich sehr nachdenklich. Das ist die **Renationalisierung der deutschen Europapolitik**. Auch darüber müssen wir reden.

Ich habe nichts gegen eine gemeinsame **Vision für Europa**, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Aber wenn, dann müssen wir auch über das Juncker-Programm reden. Sie kennen einen solidarischen europäischen Zusammenschluss. Dieser kritisiert ausdrücklich, dass die Juncker-Strategie Europa 2020 die europäische Sozialagenda abgeschafft hat. Wenn es nach dem Mantra „erst Wachstum und Wirtschaft und dann irgendwann Umverteilung“ weitergeht, dann wird der soziale Aspekt viel zu spät berücksichtigt, nämlich erst ab 2020.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mich hat es entsetzt. Die Diskussion ist gestern erwähnt worden. Wenn der Staatssekretär von Bundesfinanzminister Schäuble sagt, Europa müsse realistischer werden, es habe nach dem Zweiten Weltkrieg, berechtigterweise, eine Zeit des „Pathos Europa“ gegeben, diese sei aber nun langsam vorbei.“, dann erschrickt mich das, weil das das Friedensprojekt Europa zu einer reinen Wirtschaftsgemeinschaft degradiert.

Das ist ein Rückschritt in die Zeit vor dem Maastricht-Vertrag. So einfach kann man 23 Jahre gemeinsame europäische Geschichte nicht wegwerfen. – Vielen Dank.

Einen Tag vor der Sondersitzung im Bundestag hat sich der **Kieler Landtag für weitere Verhandlungen der EU mit Griechenland ausgesprochen**. Allerdings mahnte das Plenum mit Nachdruck auch grundlegende Reformen in dem südosteuropäischen Land an. Ein von den Koalitionsfraktionen per Dringlichkeit vorgelegtes Resolutionspapier **lehnten die Piraten ab**, die FDP enthielt sich.

Die CDU lehnte den Koalitionsantrag ab, fand aber auch für einen eigenen Antrag keine Zustimmung.

Die FDP enthielt sich bei beiden Abstimmungen, **die Piraten lehnten beide Anträge ab**.